

Archiv des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg 1992 bis 2020

Kommentierte Bestandsliste

Herausgeber
Bildungs- und Sozialwerk des
Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg e. V.
Amtsgericht Charlottenburg
VR 26275 B

Kontakt
Postfach 30 16 78
10748 Berlin
Tel.: 030 – 22 50 22 15
Fax: 030 – 22 50 22 21
www.berlin.lsvd.de

Umschlagfoto © LSVD Berlin-Brandenburg e. V.

Dezember 2020

Im Rahmen des Mikroprojektes „Vom Schwulenverband Berlin-Brandenburg zum Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg“ wurden zwischen September und Dezember 2020 die Aktenbestände des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg e. V. aus knapp 30 Jahren Verbandsarbeit gesichtet und in der vorliegenden Bestandsliste aufgeführt. Das Projekt wurde von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert. Ziel der Förderung war die Erforschung, Dokumentation und Präsentation der Geschichte einzelner Berliner LSBTI*-Selbstvertretungsorganisationen im Rahmen der Maßnahme 46 der im Jahr 2019 vom Berliner Senat verabschiedeten Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV).

Ein Projekt des:



Gefördert von:

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung



Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung

Fachbereich LSBTI

Vorwort

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. geht auf den am 18. Februar 1990 in Leipzig gegründeten Schwulenverband in der DDR (SVD) e. V. zurück. Seine Wurzeln hat der SVD in der schwulen Bürgerrechtsbewegung, die sich in der DDR im Kontext der Evangelischen Kirche und als Teil der DDR-Opposition gebildet hatte. Bereits auf dem ersten Verbandstag im Juni 1990 erfolgte die Umbenennung in Schwulenverband in Deutschland, womit der Anspruch formulierte wurde, zukünftig bundesweit aktiv zu werden. Die ersten Landesverbände des SVD entstanden in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin. Der LSVD Berlin-Brandenburg wurde formell auf einer Mitgliederversammlung der SVD-Mitglieder in Berlin-Brandenburg am 26.05.1992 gegründet. Mit einem Bundesverband und 14 Landesverbänden ist der LSVD heute flächendeckend in Deutschland vertreten.

Der LSVD ist somit eine der wenigen heute noch relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ihren Ursprung in der DDR haben und ihre Strukturen erfolgreich auf die gesamte Bundesrepublik erweiterten. Insbesondere in der ehemals geteilten Stadt Berlin lassen sich anhand der regionalen Verbandsgeschichte des LSVD Berlin-Brandenburg gesellschaftliche Herausforderungen und Veränderungen in diesem Prozess darstellen.

Der LSVD Berlin-Brandenburg hat sich im Laufe der Jahre nicht nur räumlich und thematisch immer breiter aufgestellt, sondern auch eine Professionalisierung seiner Arbeit durchlaufen. In den Anfangsjahren gab es kaum eine Dokumentation der Verbandsgeschichte. Zugleich fehlte es an einer systematischen Aufbereitung des umfangreichen Materials aus der späteren Verbandsgeschichte. Hierzu gehören u. a. verbandseigene Unterlagen (z. B. Protokolle von Mitgliederversammlungen) sowie Publikationen und Presseberichte. Mit der vorliegenden Bestandsliste liegt nun eine systematische Übersicht vor, die auch für Außenstehende verständlich ist. Entstanden ist so eine nachvollziehbare Dokumentation der Geschichte des LSVD Berlin-Brandenburg für den Zeitraum 1992 bis 2020, die insbesondere vier thematische Schwerpunkte umfasst:

1. Die Entwicklung des Verbandes
2. Die Wahrnehmung des Verbandes im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche
3. Die Professionalisierung der Unterstützung von LSBTI* durch geförderte Projekte
4. Die Etablierung von LSBTI*-Geschichte im Stadtbild

Die politischen Grundsätze des SVD bzw. späteren LSVD

Die Gründung des SVD im Zuge der Deutschen Einheit war für die westdeutsche Schwulenbewegung ein Befreiungsschlag. Im damaligen Bundesverband Homosexualität (BVH) hatte man sich zu der Zeit blockiert. Die einen betonten gesellschaftssprengende Momente von Homosexualität und lehnten die Institution Ehe und damit auch die „Homo-Ehe“ ab, die andere Fraktion vertrat einen Bürgerrechtsansatz, der gleiche Rechte für Homosexuelle innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und die Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften in der Mehrheitsgesellschaft verfolgte.

Schriftwechsel aus der Zeit der Verbandsgründung, die im Archiv des LSVD Berlin-Brandenburg im Original vorliegen, zeigen, dass sich auch der SVD eine pragmatische Gleichstellungspolitik auf die Fahnen geschrieben hatte und sich damit als Teil einer bürgerrechtsorientierten Lesben- und Schwulenbewegung verstand. Am 24. April 1990 schrieben

der Verbandsgründer, Sprecher und erste Geschäftsführer des SVD Eduard Stapel (1953-2017) und SVD-Sprecher Karsten Friedel im Antrag auf Anerkennung als gemeinnützige Vereinigung an das Präsidium der Volkskammer der DDR: „Der Schwulenverband ist eine Vereinigung von schwulen und anderen DDR-BürgerInnen zur Interessenvertretung seiner Mitglieder in der Gesellschaft. Er hat die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Schwulen in allen Bereichen der Gesellschaft der DDR sowie ihre gleiche Teilhabe am öffentlichen Leben in dem Maße, wie sie Heterosexuelle haben, zum Ziel. Seine Hauptaufgabe besteht darin, auf die Integration der Schwulen und der Gesellschaft in eine Gesellschaft ohne Homosexuellen- und Homosexualitätsfeindlichkeit hinzuwirken.“ Beim 2. Verbandstag im Dezember 1990 erhob der SVD darauf aufbauend „Emanzipation, Partizipation und Integration“ zu seinem Programm – verstanden nicht als Anpassung, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dafür wollte der Verband Überzeugungsarbeit leisten, konkrete Lösungsvorschläge an die Politik richten und Mehrheiten gewinnen.

Auch wenn einige Teilnehmer*innen der „Aktion Standesamt“ von 1992 – der ersten großen Aktion des SVD, um auf die fehlende rechtliche Absicherung lesbischer und schwuler Partnerschaften aufmerksam zu machen – nicht die tatsächliche Absicht hatten, zu heiraten, vertrat der SVD in Fragen der sogenannten Lebensformenpolitik die Position: Solange Heterosexuelle heiraten können, sollen Homosexuelle dies auch dürfen. Die Forderung nach der Abschaffung der Zivilehe ging aus Sicht des SVD auch langfristig an der Lebensrealität und den Wünschen der Mehrheitsgesellschaft vorbei. So wichtig die antisexistische Kritik an der Institution Ehe bis zur formal-juristischen Gleichstellung von Frauen und Männern war, Lesben und Schwule benötigten eben auch Rechte, wie sie für Heterosexuelle selbstverständlich sind. Nicht zuletzt die Erfahrungen der AIDS-Krise hatte deutlich gemacht, wie existenziell diese Forderung war. Viele kannten die Situation, dass sie im Krankenhaus am Bett ihres kranken Partners wie Fremde behandelt wurden oder vom Vermieter oder Familie aus der vorher gemeinsamen Wohnung geworfen wurden, da ihnen schlicht die Rechte fehlten als Partner anerkannt zu werden. Letztendlich wechselten viele Aktive der westdeutschen Schwulenbewegung in den SVD, weil sie sich von dessen pragmatischer Haltung in der Ehefrage angesprochen fühlten.

Während der BVH mit seiner Forderung nach einer weitergehenden Lebensformenpolitik jenseits der Öffnung der Ehe bzw. Einführung der Lebenspartnerschaft politisch nicht Fuß fassen konnte und 1997 aufgelöst wurde, entwickelte sich der SVD zur größten Bürgerrechts- und Selbsthilfeorganisation von Lesben und Schwulen in Deutschland. „Das Konzept der Bürgerrechtspolitik des Verbandes aus dem Osten“, schrieb der ehemalige BVH-Aktive und langjährige LSVD-Bundesvorstand Volker Beck zum 25-jährigen Verbandsjubiläum, „hat sich gegen die Bedenken aus der westdeutschen Bewegung, die in Gleichberechtigungspolitik die Gefahr von Anpassung, Integration und Unterwerfung unter die Heteronormativität sahen, organisatorisch wie programmatisch durchgesetzt. Wir haben gezeigt, dass gleiche Rechte Voraussetzung für mehr Freiheit für alle sind.“¹

Die Erweiterung des SVD zum LSVD

Den Anstoß für die Erweiterung des SVD zum *Lesben-* und Schwulenverband in Deutschland lieferten wieder unterschiedlichen Positionen zur gleichgeschlechtlichen Ehe – diesmal innerhalb der feministisch-lesbischen Frauenbewegung. Die Lesbeninitiative „Wir wollen hei-

¹ Vgl. <https://www.fr.de/meinung/gleichstellung-wird-ausgebremst-11168695.html> [zuletzt abgerufen am 10.12.2020].

raten“, die sich im Zuge des Lesben-Frühlings-Treffen (LFT) 1998 in Freiburg gegründet hatte und der sich über 300 Frauen angeschlossen hatten, fand bei den damaligen Lesbenorganisationen kein Gehör. Die LSVD-Gründungsfrau Dorothee Markert wendete sich deshalb mit einem Brief an den damaligen Vorstand des Schwulenverbandes (SVD) und schlug eine Zusammenarbeit vor.

Im SVD hatte man schon öfter die Frage einer Erweiterung diskutiert und eingeschätzt. Bereits an der „Aktion Standesamt“ 1992 oder der Kampagne „Traut Euch“ 1996 haben sich auch Lesben und Frauenpaare beteiligt. So fand am 15. November 1998 ein Beratungstreffen zwischen politisch aktiven Lesben aus verschiedenen Regionen der Bundesrepublik und dem SVD-Vorstand statt. Nachdem Lesben und Schwule 40 Jahre lang getrennt und an unterschiedlichen Fronten gekämpft hatten, war allen Beteiligten nun klar, dass Lesben und Schwule an einem Strang ziehen müssen, wenn sie auf Bundesebene gleiche Rechte durchsetzen wollen. Die meisten anwesenden Frauen traten noch am gleichen Tag in den SVD ein.

Dr. Dorothee Markert, Maria Sabine Augstein, Halina Bendkowski, Ida Schillen, Cornelia Scheel, Gerta Siller und viele andere Engagierte organisierten die erste große Eintrittswelle von Lesben in den Verband. Im Dezember 1998 gingen sie und weitere lesbenpolitisch engagierte Frauen mit einem „Aufruf an alle Lesben, die sich eine wirkungsvolle Politik für unsere Rechte auf Bundesebene wünschen“ an die Öffentlichkeit und forderten dazu auf, den SVD zu erweitern. Gemeinsam mit der Initiative entwarf der SVD-Bundesvorstand eine lesbenpolitische Erweiterung des Programms sowie eine Ergänzung der Satzung, die der 11. Verbandstag im März 1999 mit einer Zustimmung von über 90 Prozent annahm. Gleichzeitig wurden Halina Bendkowski, Dorothee Markert und Ida Schillen, alle drei Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Frauenbewegung und in der Lesbenpolitik, in den Bundesvorstand des neuen LSVD gewählt.

Das Archiv des LSVD Berlin-Brandenburg

Die Überschneidungen zwischen den Aktivitäten des Landesverbandes Berlin-Brandenburg und des LSVD Bundesverbandes waren insbesondere in den Anfangsjahren groß. Gleichzeitig ist Berlin als Sitz des Deutschen Bundestages ab 1999 ein wichtigster Dreh- und Angelpunkt der politischen Interessenvertretung von LSBTI*. Das Archiv des LSVD Berlin-Brandenburg dokumentiert so nicht nur die Entwicklung der LSBTI*-spezifischen Interessenvertretung in Berlin-Brandenburg, wie beispielsweise die Entstehung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“², sondern umfasst auch Materialien zu den wichtigsten Etappen der letzten 30 Jahre schwul-lesbischer sowie queerer Interessenvertretung in Deutschland.

Darüber hinaus liegen zur Geschichte der lesbisch-schwulen Interessenvertretung sowie Akteurs- und Trägerlandschaft ab Mitte der 1990er Jahre nach bisherigem Recherchestand keine systematisierenden Veröffentlichungen vor. Während frühere Schlüsselperioden der Emanzipation von LSBTI*, wie die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung um Magnus Hirschfeld³ oder die ideologischen Streitigkeiten der 1970er und 80er Jahre⁴, gut dokumen-

² seit 2018 Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)

³ Beachy, R. (2015). Das andere Berlin: Die Erfindung der Homosexualität: Eine deutsche Geschichte 1867–1933. Siedler Verlag.

⁴ Pretzel, A., & Weiß, V. (2012). Rosa Radikale. Die Schwulenbewegung der 1970er Jahre. Hamburg: Männer-schwarm.

tiert sind, muss die jüngste LSBTI*-Geschichte noch geschrieben werden. Das Archiv des LSVD Berlin-Brandenburg liefert für solche Forschungsanliegen wertvolle Ansatzpunkte.

Im Besitz des LSVD Berlin-Brandenburg befinden sich außerdem eine umfangreiche Flyer- und Broschürensammlung sowie Bild- und Filmaufnahmen. Im Rahmen des Projektes konnte dieses Material aufgrund seiner Fülle noch nicht in das Archiv integriert werden.

Die Archivsystematik und Anmerkungen zu den einzelnen Bestandsgruppen

Das Archiv ist in Bestandsgruppen aufgeteilt, die den eingangs genannten vier thematischen Schwerpunkten entsprechen: „Verbandsgeschichte“ (Gruppe A), „Außenwahrnehmung und Öffentlichkeitsarbeit“ (Gruppe B), „Projektzuwendungen“ (Gruppe C) und „LSBTI*-Geschichte im Stadtbild“ (Gruppe D). Innerhalb der einzelnen Bestandsgruppen wurde eine weitere thematische Unterteilung vorgenommen. Im Folgenden sollen besonders umfangreiche und wissenschaftlich relevante Archivbestände aus den vier Themenbereichen kurz vorgestellt werden:

- A „Verbandsgeschichte“: Aus Anlass des 20-jährigen Gründungsjubiläums des Landesverbandes Berlin-Brandenburg wurde 2012 eine mehrere Aktenordner umfassende thematische Verbandschronik angefertigt. Diese wurde bisher weder veröffentlicht noch weitergeführt, gibt aber bis zum Jahr 2012 einen guten Überblick über die thematische Verortung und Weiterentwicklung des LSVD Berlin-Brandenburg. Im Archiv befinden sich abgesehen von den eigenen Verbandsunterlagen außerdem sämtliche Dokumente aus dem Nachlass des 2010 abgewickelten Hilfe, Information und Vermittlung (HIV) e. V. Bei diesem 1987 gegründeten Verein handelte es sich um den ersten ambulanten AIDS-Spezialpflegedienst in Deutschland. 1993 löste sich der alte CSD e. V. wegen finanzieller Schwierigkeiten auf. Bis 2000 der neue Berliner CSD e. V. gegründet wurde organisierten zwischen 1995 und 1999 Sonntagsclub, Mann-O-Meter und SVD Berlin-Brandenburg gemeinsam den CSD in Berlin. Aus dieser Zeit liegt eine umfangreiche Materialsammlung vor.
- B „Außenwahrnehmung und Öffentlichkeitsarbeit“: Der aktuell 30 Aktenordner umfassende Pressespiegel des LSVD Berlin-Brandenburg dokumentiert die gesamte Berichterstattung zu den Aktivitäten des LSVD Berlin-Brandenburg seit 1992 und gibt so Aufschluss über Schlüsselmomente und wichtige Kontroversen der Tätigkeit des Landesverbandes seit seiner Gründung. Besonders auffällig ist, dass die Bestände im Zeitverlauf immer umfangreicher wurden, was den Bedeutungszuwachs des LSVD Berlin-Brandenburg auf landespolitischer Ebene widerspiegelt.
- C „Projektzuwendungen“: Innerhalb des LSVD-Netzwerks ist es dem LSVD Berlin-Brandenburg immer wieder gelungen, besondere thematische Schwerpunkte zu setzen. Hierzu zählen insbesondere sein Engagement in den Themenfeldern Migration und Sport, aber auch die Gründung des deutschlandweit ersten Regenbogenfamilienzentrums 2013. Bei der Bearbeitung dieser Themenfelder haben sich der LSVD Berlin-Brandenburg bzw. das Bildungs- und Sozialwerk des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg e. V. und der Regenbogenfamilien e. V. in der Vergangenheit erfolgreich um Projektzuwendungen der Länder Berlin und Brandenburg sowie aus dem Europäischen Sozialfonds beworben. Das älteste und immer noch aktive Projekt des LSVD Berlin-Brandenburg ist das 1999 gegründete „Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule MILES“. Zur Entwicklung von MILES liegt eine umfang-

reiche Materialsammlung vor, die den Umgang mit diesem sensiblen Themenfeld im Zeitverlauf dokumentiert. Für die ebenfalls älteren Projekte Community Gaymes, Respect Gaymes und Soccer Sound beinhaltet das Archiv ähnlich umfangreiche Materialsammlungen. Zu den genannten und sämtlichen anderen Projekten liegen ab 2011 die bei den Geldmittelgeber eingereichten Sachberichte lückenlos vor. Für den Zeitraum davor liegen vereinzelt Sachberichte vor.

- D „LSBTI*-Geschichte im Stadtbild“: Ein wichtiger thematischer Schwerpunkt des Landesverbandes bildet ferner die Erinnerung an die homosexuellen Verfolgten des Nationalsozialismus und deren Anerkennung als Opfergruppe. Auf Bestreben des Berliner LSVD-Mitglieds und Historikers Joachim Müller erinnerte bei der offiziellen Gedenkveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen im Jahr 1995 zum ersten Mal ein gemeinsamer Vertreter von BVH und SVD an die homosexuellen KZ-Inhaftierten. Da die Brandenburger Landesregierung einen unabhängigen Sachverständigen im Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten auf Vorschlag des LSVD Berlin-Brandenburg ernannt, liegen zur Entstehungsgeschichte der Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück unter dem besonderen Gesichtspunkt der Verfolgung von LSBTI* sowie zur Entstehung des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten umfangreiche Materialsammlungen vor, die die Beiratsmitglieder des LSVD dem Verband überlassen haben.

Bestandsliste

Bestandsgruppe A „Vereinsgeschichte“

Unterlagen von div. Mitgliederversammlungen

- Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e. V. ab 1992
- Bildungs- und Sozialwerk des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg e. V. ab 2006
- Regenbogenfamilien e. V. ab 2015

Unterlagen des Hilfe, Information und Vermittlung (HIV) e. V.

- Materialsammlung 1988-2010
- Unterlagen der Mitgliederversammlungen

Schriftwechsel zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit des SVD von 1990 bis 1992

Thematische Verbandschronik „20 Jahre LSVD Berlin-Brandenburg“ von 2012

- Integration und Migration
- Religion
- Erinnerung
- Lobbyarbeit
- Bildungsarbeit und Jugendkultur
- Gesellschaftliche Entwicklung
- Ehe und Familie

Daten und Dokumente von SVD Landes- und Ortsverbänden 1992

Materialsammlung zum CSD in Berlin 1995-2005

Bestandsgruppe B „Außenwahrnehmung und Öffentlichkeitsarbeit“

Pressespiegel ab 1992

Sämtliche Pressemitteilungen ab 1996

Diverses Material zu Aktionen und Kampagnen zum Thema Ehe und Partnerschaft

- „Aktion Standesamt“ von 1992
- „Traut euch“ von 1996
- Aktion „JAwort“ 2000

Materialsammlung Papstbesuch 2011

Wahlprüfsteine

- Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011
- Bundestagswahl 2013 Wahlkreise 56 bis 86
- Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016
- Landtagswahl Brandenburg 2019

Materialsammlung zu den Regenbogenflaggenhissungen 1999 bis 2016

Gesammelte Berichte/Studien/wissenschaftliches Material

Bestandsgruppe C „Projektzuwendungen“

Allgemeine projektbezogene Materialien

- Zuwendungen, Sachberichte und diverse Projektmaterialien 1993 bis 2010
- Sämtliche Sachberichte ab 2011

Materialsammlung Community Gaymes/Soccer Sound 2006 bis 2018

Materialsammlung Respect Gaymes 2006 bis 2017

Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES)

- Materialsammlung 1998 bis 2019
- Materialsammlung „Erster Bundeskongress türkeistämmiger Lesben, Schwuler, Bisexueller und Transgender lebender Menschen vom 7. bis 9. November 2003“

Weitere Projektmaterialien und Projektkonzepte

- Materialsammlung Gay & Grey 1997/1998
- Materialsammlung „Berliner Eltern schwuler Söhne“ (B.E.S.S.) 1997/1998

Materialsammlung zur Entstehung der Initiative „Berlin tritt ein für sexuelle Vielfalt“ (ISV) 2009 bis 2013

Bestandsgruppe D „LSBTI*-Geschichte im Stadtbild“

Kultur und Gedenken in den Gedenkstätten Ravensbrück, Sachsenhausen und am Denkmal im Tiergarten

- Allg. Materialsammlung 1994 – 2017
- Diverse Dokumente zur Entstehung des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen vom Beiratssachverständigen Eberhard Zastrau